

Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase.

VON LEONID BABICENKO, MOSKAU:

Abstract:

Der Autor beschreibt aufgrund von Materialien des Kominternarchivs die politisch-organisatorische Ausrichtung der Komintern durch die VKP (b) (und D. Z. Manuil'skij als exponiertestem Vertreter) auf die Durchführung der blutigen Säuberungen. Die beiden Zielgruppen waren die politischen Emigranten in der Sowjetunion einerseits und die Mitarbeiter des Komintern-Apparats andererseits.

Pauschaler Hauptvorwurf war das vermeintliche Eindringen verdächtiger ausländischer Kommunisten und Emigranten aufgrund der Unachtsamkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) sowie der Internationalen Roten Hilfe (IRH). Seit ca. Januar 1936 führte die *Kommission Moskvin*, seit Oktober 1936 die *Kommission zur Überprüfung der Qualifikation* gemeinsam mit der *Kaderabteilung des EKKI* die „Kontrolle“ des gesamten EKKI-Apparats sowie der politischen Emigration durch. Anfang 1937 standen 53 von 400 Mitarbeitern des EKKI vor der Entlassung, im Laufe des Jahres 1937 wurden die ex-territorialen Mitarbeiter des EKKI zur Kontrolle nach Moskau zitiert. Man befand sich auf dem Weg zum Höhepunkt der blutigen Repression 1937/1938...

Am 19. Januar 1936 berief das EKKI im Zuge der Kontroll-, Disziplinierungs- und Repressionsmaßnahmen eine Beratung der Vertreter der Parteien und Mitarbeiter der Kaderabteilung ein. Aus vorliegenden Materialien des Kominternarchivs sollen im folgenden einige der sich hieraus ergebenden Maßnahmen dargestellt werden.

Referent war D. Manuil'skij. Er beschuldigte die Apparate von EKKI und Internationaler Roter Hilfe „einer verbrecherischen Nachlässigkeit“. Durch ihre Strukturen seien angeblich verdächtige Elemente und „Agenten des Klassenfeindes“ in die VKP (b) eingedrungen. Er verurteilte scharf die Führer der Kommunistischen Parteien, die mit voller Absicht Personen in die Sowjetunion geschickt hätten, gegen die belastendes Material vorgelegen habe. Ebenfalls wurde ihnen die Auswahl unqualifizierter Kandidaten für die Kominternschulen zum Vorwurf gemacht. Eine weitere Kritik galt dem „Liberalismus“ in den Entscheidungen über die Zuteilung des Emigrantenstatus sowie bei der Überführung in die VKP (b). Der politischen Emigration wurde hierbei allgemein eine ideologisch zersetzende Funktion zugeschrieben, in ihren Reihen wurden „Schattierungen des Trotzkismus“ sowie „Überbleibsel der rechten Abweichung“ festgestellt. Wegen ihrer als Spionage bewerteten Verbindungen zu diversen Botschaften erfolgte dabei eine pauschale Verurteilung. Manuil'skij machte es dem EKKI zur Auf-

gabe „die Reihen von solchen Elementen zu säubern“, damit sie das Strandgut⁵⁵, das uns die Parteien geschickt hatten, zurücknehmen.“⁵⁶ Die Parteien sollten sich von allen Personen befreien, die auch nur die geringsten Zweifel an ihrer Ehrlichkeit hervorriefen. Die harten Maßnahmen wurden mit der angeblich hohen Zahl von Opfern begründet, die die kommunistische Bewegung durch die Tätigkeit solcher „Provokateure“ habe erbringen müssen.

Als längerfristige Handlungsperspektive rief Manuil'skij dazu auf, ein Abwehrsystem zu schaffen, das zur Selbstentlarvung der „Agenten des Klassenfeindes“ führe.⁵⁷ Zur Aufdeckung dieser unerwünschten Elemente verlangte er von der Kaderabteilung, in den Parteien eine Atmosphäre des Verdachts und des Mißtrauens zu schaffen. Die Leiter der Parteiver tretungen hielt er dazu an, unmittelbar mit der Kaderabteilung zusammenzuarbeiten. Gegenüber G. Walecki bemerkte er nebenei, daß mehr als andere die KP Polens von Provokationen dieser Art erfaßt worden sei.⁵⁸

Die Teilnehmer dieser Beratung solidarisierten sich „natürlich“ mit Manuil'skij's Auffruf zu erhöhter Wachsamkeit. Es wurde vorgeschlagen, die Emigration in der Sowjetunion auf ein Minimum zu reduzieren, die Bewertung der persönlichen Loyalität der Emigranten den Mitgliedern des Politbüros sowie den ZK's der kommunistischen Parteien zu übertragen und die Kontrolle über sie mit Hilfe der VKP (b) zu „verbessern“

Nach Ablauf der Beratung wurde die Aufdeckung von verdächtigen Personen im EKKI-Apparat und in der politischen

Emigration aktiviert. Am 3. März 1936 wies Manuil'skij Jezov an, die aus der VKP(b) ausgeschlossenen ausländischen Kommunisten in die Heimat zurückkehren zu lassen und zwar als Personen, die von uns „nicht ausreichend überprüft wurden.“ Unter ihnen könnte es, so Manuil'skij's Logik, „fremde Elemente geben, die für unsere Feinde von Nutzen sind“ (...) die man loswerden müsse.⁵⁹

Diese Einstellung traf im ZK der VKP (b) auf Zustimmung. Der geheime Beschluß des EKKI-Sekretariats vom 5. März 1936 über die Ausweisung derjenigen, die nicht genügend „bolschewistische Standhaftigkeit und Ergebenheit gegenüber den kommunistischen Parteien bezeugt hätten, galt auch den Studenten der Komintern-Schulen. Den kommunistischen Parteien wurde untersagt, Aktivisten, denen keine ernsthaften Verfolgungen drohten, in die UdSSR zu senden. Die Verletzung dieser Vorschriften zog den Verlust der materiellen Hilfe und des Vertrauens mit sich. Die „verdächtigen“ Ausländer wurden als „Deserteure“ angesehen, „die vom Feld des Klassenkampfes flüchteten.“⁶⁰ Ferner wies Manuil'skij Jezov ausdrücklich an, Ausländern die sowjetische Staatsbürgerschaft zu verweigern. Eine Massenrückkehr als Bürger der Sowjetunion könne eine antisowjetische Kampagne auslösen. Manuil'skij hielt es ebenfalls für zweckmäßig, die Frist für die Überführung ausländischer Kommunisten in die VKP (b) bis zum Januar 1937 zu verlängern. Er berief sich dabei auf den Beschluß des Sekretariats des EKKI vom 5. März 1936, der die Parteien verpflichtete, Politemigranten, die in die Sowjetunion geschickt werden sollten, ei-

55 Hier und da dürften kleinere Übersetzungsfehler noch nicht vollständig korrigiert worden sein. Wir bitten um Verständnis.

56 Rossijskij Centr Chranenija i Izucenija Documentov Novejsej Istorii, Moscow (RCChIDNI), 495, 21, 34, 6-7.

57 RCChIDNI, 495, 21, 34, 14.

58 RCChIDNI, 495, 21, 34, 21.

59 RCChIDNI, 495, 21, 33, 17-18.

60 RCChIDNI, 495, 21, 33, 22-23.

ner sorgfältigen Überprüfung zu unterziehen.⁶¹

Lauf Beschluß der Januartagung 1936 begann im EKKI vom Februar an eine allgemeine Mitarbeiterkontrolle. Diese Überprüfung wurde von der sogenannten Moskvin-Kommission durchgeführt. Moskvin war als Sekretär des EKKI für die Kaderpolitik verantwortlich. Stalin hatte ihn seinerzeit mit dieser Absicht in die Leitung der Komintern integriert. Dieser Kommission gehörten die Mitglieder der Internationalen Kontroll-Kommission des EKKI, J. An'velt und W. Florin, der Leiter eines Sektor der Kaderabteilung, Georgi Alichanov (der Vater von Elena Bonner), Moskvins Assistent Filimonov sowie ein gewisser Samsonov an.

In dieser Periode trat auch eine neue Verordnung über die Kompetenzen der Kaderabteilung in Kraft, die dieser außerordentliche Befugnisse zugestand. Ebenso wie das Sekretariat hatte sie das Recht, über alle Fragen der Kaderpolitik zu entscheiden. Ihrer Rechtsstellung und Bezahlung nach glichen die Referenten der Kaderabteilung den politischen Assistenten der EKKI-Sekretäre. Die Abteilung war dazu verpflichtet, „klassenfeindliche Elemente“ aufzudecken, zu kontrollieren, zu registrieren, die Kommunisten in andere Parteien zu überführen, die illegale Tätigkeit zu beaufsichtigen, Informationen über die Kaderarbeit in den Kommunistischen Parteien zu sammeln, die Fragen der Parteischulung sowie die Kaderauswahl für EKKI-Apparat und Massenorganisationen vorzunehmen.⁶²

In der ersten Hälfte des Jahres 1936 wurden von der *Moskvin-Kommission* in den Parteivertretungen beim EKKI die Personalakten der Mitarbeiter überprüft. Die Ergebnisse dieser Kontrolle wurden auf Beratungen ausgewertet die am 3., 7. und

10. Juni sowie am 29. August 1936 stattfanden⁶³ Darüber hinaus wurden Kommissionen und Unterkommissionen zur Kontrolle der Emigranten in der Provinz sowie zu ihrer Überführung in die VKP (b) eingerichtet. Der Vertreter der KPD beim EKKI, Fritz Weber (Wiatrek), berichtete in der Beratung vom 10. Juni 1936 von der Existenz von 60 Kontrolleuren, der Hauptkommissionen sowie von 6 Unterkommissionen, wie auch darüber, daß einem „hohen Prozentsatz der Überprüften“ die Überführung in die VKP (b) sowie eine Bestätigung ihres Emigrantenstatus verweigert wurde. Der Kaderreferent der KP Polens nannte eine konkrete Zahl von Personen, die unter Verdacht standen, ein Drittel von 900 überprüften Emigranten.⁶⁴ Ihnen wurde die Überführung in die VKP (b) verweigert. Einem Bericht Walter Dittbenders, dem Leiter des KPD - Kaderkontrolldienstes in Moskau zufolge, wurden die Angaben von über 2.500 in der UdSSR lebenden Emigranten überprüft. Außer bereits aus der Sowjetunion ausgewiesener oder verhafteter zählte die Liste der Verdächtigten 139 Personen auf. Ähnlich verhielt es sich seinerzeit mit der Überprüfung der besonders zahlreichen polnischen, bulgarischen, ungarischen und lettischen Emigranten in der UdSSR.

Der Sekretär des Parteigebietskomitees von Saratow, A Krinickij z. B., teilte am 18. Januar 1937 Stalin mit, daß in der Jahresmitte 1936 im Verlauf der Überprüfung der Parteidokumente in der Wolgadeutschen Republik eine „konterrevolutionäre trotzkistische Organisation“ entlarvt worden sei, an deren Spitze der ehemalige Leiter des Roten Frontkämpfer-Bundes der KP Deutschlands, Willi Leow (Hofman), sowie andere Ex-Mitglieder der KPD und „sogenannte Politemigranten“ als „aktive Agenten der Gestapo“ gestanden hätten.

61 RCChIDNI, 495, 21,33,19-20.

62 RCChIDNI, 495, 21, 34,171-182, 209-210.

63 RCChIDNI, 495, 21, 34,178-181, 209-210.

64 RCChIDNI, 495, 21, 34,178-181,187.

Wie aus der erhalten gebliebenen Liste der repressierten Personen ersichtlich, zählte diese „Gruppe“ 27 Personen.⁶⁵

Im Verlauf der Überprüfungsaktion wurde die Suche nach Verdächtigen intensiviert. Während es auf der ersten Beratung der Referenten der Kaderabteilung des EKKI im Juni 1936 noch darum ging, denjenigen, die die Überprüfung nicht heil überstanden und aus der Partei ausgeschlossen wurden, Arbeit zu verschaffen, materielle Hilfe zu erweisen oder bei der Ausreise aus der Sowjetunion behilflich zu sein, so war auf der letzten Beratung nur noch die Rede von der Anzahl der aufgedeckten Trotzlisten, Abweichlern, derjenigen, die der Verbindung mit den Botschaften verdächtigt wurden usw. usf. Die Referenten wurden streng angewiesen, alle Personen, in deren Personalakten „verdächtiges auftauchte“, zu überprüfen.⁶⁶ Darauf folgte in der Regel die Entlassung, Ausweisung oder Verhaftung durch den NKVD.

Die Tätigkeit der *Moskvin-Kommission* endete schließlich mit einer Beurteilung und lakonischen Beschlüssen über jeden Mitarbeiter, die ihr weiteres Schicksal bestimmen sollten. Die loyalsten Mitarbeiter, allen voran die der Kaderabteilung, waren denn auch eines nur selten vorkommenden Sichtvermerkes für würdig befunden worden. Dieser lautete: „Für überprüft gehalten“ oder: „Vorschriftsmäßig anstellen“, oder auch: „mit Zulassung zu geheimer Arbeit behalten“. Häufiger fielen jedoch andersartige Entscheidungen, wie z. B.: „absetzen“, „ersetzen“, „gründlich überprüfen“

Besonderen Verdacht riefen diejenigen hervor, die die Haft in bürgerlichen Gefängnissen oder in faschistischen Konzentrationslagern hinter sich hatten (dort könnten sie vom Spionagedienst angeworben worden sein!), sowie Freunde und Be-

kannte der bereits vom NKVD Verhafteten. Diejenigen, die von der „Generallinie“ der Komintern, der VKP (b) sowie ihrer eigenen Partei abgewichen waren, erhielten Bezeichnungen wie „versöhnlerisch gestimmt“, „sichert die notwendige Wachsamkeit nicht“. Folgende Empfehlungen wurden ausgesprochen: „Die Kaderabteilung ist zu beauftragen, das Material über die betreffende Person dem NKVD mitzuteilen“, „Zum Parteiapparat nicht zuzulassen“ u. ä.

Die Referenten der Kaderabteilung entschieden mitunter willkürlich, ohne Wissen der Kommission über das Schicksal von Kominternmitarbeitern und Emigranten. Sie empfahlen selbst, diese oder jene Mitarbeiter zu entlassen. Vorschläge dieser Art wurden gewöhnlich, ohne zusätzliche Aufklärung der genaueren Umstände akzeptiert.

Die *Moskvin-Kommission* wurde in einem weiteren Schritt von einer neuen Kommission, der *Kommission zur Überprüfung der Qualifikation*, abgelöst. In der Zeit von Oktober 1936 bis Februar 1937 überschüttete diese die Abteilungen des EKKI, die Massenorganisationen einschließlich des *Verlags Ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion* sowie die Redaktionen der Rundfunksender für das Ausland mit unzähligen Anfragen.

Auf einer Sitzung, die im Januar 1937 stattfand, sollte die Entlassung von 71 Mitarbeitern bestätigt werden. Dies bedeutete faktisch die Lahmlegung der gesamten EKKI-Tätigkeit. Eine Stellungnahme der Komintern-Führung wurde erforderlich. Dabei versuchten einige ihrer Mitglieder, wie z. B. P. Togliatti, Einspruch zu erheben. Zum Schluß einigte man sich darauf, 13 Personen im Dienst zu behalten. 58 Personen sollten entlassen werden. Ein entsprechender Beschluß wurde von G. Dimitrov gebilligt. Auf der Liste der für die Entlas-

65 RCChDNI, 17, 120, 290, 2-3, 66, 68, 72, 83, 88-89, 98-100.

66 RCChDNI, 21, 34, 209-210.

sung vorgesehenen Kandidaten vermerkte er: „absetzen“, „entlassen“.⁶⁷

Im Februar 1937 wurden fast alle 400 Mitarbeiter des EKKI überprüft. Von den 53 Mitarbeitern, die neu entlassen werden sollten, schienen nach den eigenen Maßstäben eigentlich nur 4 Personen als nicht genügend qualifiziert. Die übrigen wurden aufgrund einer Zugehörigkeit zu verschiedenen „Trotzkisten“ und „Brandlerleuten“, oder ihrer Verbindungen zu bereits Verhafteten oder fälschlich beschuldigten Mitarbeitern entlassen.⁶⁸

Eine weitere Steigerung der Terrorwillkür im Apparat der Komintern im Jahre 1937 kam in Stalins Ausführungen auf dem ZK-Plenum Anfang März zum Ausdruck. Hier verkündete er die These über die Verschärfung der Klassengegensätze in der UdSSR simultan mit den Fortschritten im Aufbau des Sozialismus. Innerhalb dieses Zeitraums, sowie im Verlauf des Jahres 1937 wurden vom EKKI unter dem Vorwand der „Rechenschaft und Kontrolle“ die unter Verdacht geratenen Emissäre in den Ländern und den Territorialbüros, die Mitarbeiter der Abteilungen für Internationale Beziehungen (OMS), sowie verschiedener Solidaritätskomitees, Verlage, Parteifunktionäre aus dem Ausland zur blutigen Endabrechnung nach Moskau zitiert. Hiermit begann eine Phase des Massenterrors in der Komintern, die ihren Höhepunkt Ende 1937, Anfang 1938 erreichte.

67 RCChIDNI, 495, 21, 52, 1-22.

68 RCChIDNI, 495, 21, 52, 25.